

Schweiz

Zürcher Lehrpersonen erhalten mehr Zeit für Arbeit neben Unterricht

Nina Bürge

Lehrerinnen und Lehrer im Kanton Zürich erhalten künftig mehr Stunden für zusätzliche Arbeiten wie Elterngespräche, Lagerorganisation oder Konfliktgespräche. Dies hat der Kantonsrat beschlossen.

Einig war sich das Parlament am Montag: Die Belastung für Lehrerinnen und Lehrer ist gross. Und: Der Attraktivität des Lehrberufs muss Sorge getragen werden. Uneinigkeit herrschte jedoch darüber, welche Massnahmen dafür die richtigen sind.

Im Zentrum der Debatte stand einerseits eine Änderung der Lehrpersonalverordnung, welche unter anderem die Erhöhung der Lohnklasse für Schulleitungen betraf. Andererseits eine Anpassung des Berufsauftrags für Lehrpersonen im Lehrpersonalgesetz.

SVP und FDP fanden eine umfassende Verbesserung der Arbeitsbedingungen aller Lehrpersonen sei nicht notwendig und beantragten, nicht auf die Vorlage zum Lehrpersonalgesetz einzutreten. Ihr Antrag scheiterte aber mit 98 zu 74 Stimmen.

Konkret schlug die Regierung vor, die so genannte Stundenpauschale von 100 auf 120 Stunden zu erhöhen. Diese Pauschale legt die Zahl der Stunden fest, die einer Klassenlehrperson an ihre Jahresarbeitszeit angerechnet werden etwa für Elterngespräche, für die Organisation von Ausflügen, die Vorbereitung von Schulprojekten oder die Konfliktvermittlung.

«Schritt in die richtige Richtung»

Mit dem Vorschlag der Regierung für die Stundenpauschale war der Zürcher Lehrpersonalverband im Vorfeld nicht einverstanden. Er sei «symbolisch – mehr nicht», sagte Präsidentin Lena Fleisch, in einem Interview mit dem «Tages-Anzeiger». Nötig wären 250 Stunden.

Der Vorschlag der zuständigen Kommission des Kantonsrats, die Pauschale bei 160 Stunden festzulegen, sei zwar nicht «unsere ursprüngliche Forderung», sagte Fleisch. Aber er wäre ein Schritt in die richtige Richtung: «Alles darunter ist schlicht ungenügend.»

Diese Meinung teilte am Montag denn auch die Mehrheit des Rates. Sie stimmte dem Vorschlag der Kommission zu – als Kompromiss und im Wissen, dass eine weitergehende Erhöhung nicht mehrheitsfähig gewesen wäre.

Dagegen waren FDP und SVP. «Im Kern entscheiden wir darüber, ob die Lehrpersonen für die gestiegene Belastung ein Schmerzensgeld erhalten», sagte Marc Bourgeoise (FDP, Zürich). Den Preis für diese Massnahme würden die Gemeinden und damit die Steuerzahlenden zahlen. «Sie müssen möglicherweise mit einem Referendum rechnen», warnte er seine Ratskolleginnen und -kollegen vor.

Auch Rochus Burtscher (SVP, Dietikon) kritisierte, es gehe faktisch um eine «weitere versteckte Lohnerhöhung» bei bereits hohen Löhnen. «Lehrpersonen sind kantonale Staatsangestellte mit Sonderregelungen, von denen die Privatwirtschaft nur träumen kann», sagte er. Das Bildungssystem brauche «dringende Reformen». Der vorliegende Berufsauftrag sei aus Sicht der SVP aber der falsche Weg.

«Tragfähiger» Vorschlag

Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil) sprach von einem «winzig kleinen Schritt in die richtige Richtung» und von Realitätsannäherung in Bezug auf die Überzeit. Der Vorschlag der Kommission reagiere auf »reale Entwicklungen im Schulalltag«, sagte Nadia Koch (GLP, Rümlang).

Der vom Regierungsrat präsentierte Vorschlag trage den Forderungen aus Wissenschaft und Praxis kaum Rechnung, sagte Livia Knüsel (Grüne, Schlieren). Der Vorschlag der Kommission hingegen sei «tragfähig». Die Anforderungen an Lehrpersonen seien in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Klassen-Lehrpersonen trugen eine umfassende Verantwortung für ihre Schülerinnen und Schüler, die weit über den Unterricht hinausgehe, so Knüsel.

Diese Aussage bestätigte Kathrin Wydler (Mitte, Wallisellen). «Wer nicht gezielt entlastet, verkennt die Realität des Schulalltags», sagte sie.

«Längst überfällige Verbesserungen»

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon) betonte, es gebe wohl keine bessere Investition als diejenige in die nächste Generation. Die EVP unterstütze die «längst überfälligen Verbesserungen des Berufsauftrags». Es sei an der Zeit, die systemischen Mängel des neuen Berufsauftrags zu beheben, ergänzte Nicole Wyss (AL, Zürich).

Der Kommissionsvorschlag, dem der Rat zustimmte, umfasste nicht nur die Stundenpauschale sondern auch den Lektionenfaktor. Unterrichtet eine Person zum Beispiel 20 Lektionen pro Woche, werden ihr mit dem heutigen Lektionenfaktor 20 mal 58 Stunden angerechnet – also 1160 Stunden. Die Regierung wollte den Faktor bei 58 belassen. Die Kommission beantragte eine Erhöhung auf 59 – der Rat stimmte zu.

Die zweite Lesung findet in ein paar Wochen statt. (sda)